

Slowakei

Kai-Olaf Lang

Mit der Anfang 2009 erfolgten Übernahme des Euro vollzog die Slowakei einen bedeutenden Schritt hin zu einer effektiven Vollmitgliedschaft in der EU. Das Land fühlt sich dadurch in seinem Selbstverständnis bestätigt, Bestandteil des europäischen Mainstreams zu sein. In der Tat ging die Regierung aus der sozialdemokratisch-nationalen Partei Smer (Die Richtung), der radikalen Slowakischen Nationalpartei (SNS) und der Bewegung des umstrittenen Ex-Premiers Vladimír Meciar in der jüngsten Vergangenheit in keiner großen europapolitischen Frage auf Konfrontationskurs mit Brüssel oder den Partnern in der EU. Gleichwohl belasten nationalistische Kräfte in der Regierungskoalition das Handeln der Exekutive. Vor allem die Beziehungen zum Nachbarland Ungarn haben sich weiter verschlechtert. Überdies hat Premierminister Robert Fico (Smer) mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen. Zwar erfassten diese die Slowakei nicht so hart wie andere Länder in der Region, doch machten sie es der Exekutive noch schwerer, ihre „soziale“ Agenda umzusetzen. Die rasche Euro-Einführung, ein Erfolg der jetzigen Regierung und ihrer beiden Vorgängerinnen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Slowakei gerade mit dem jetzigen Regierungsbündnis bislang ein eher passiver Akteur in der EU war.

Innenpolitische Grundlagen

Die Partei Smer ist nach wie vor die populärste Partei in der Slowakei. Umfragewerte von über 40%, die ungebrochene Beliebtheit von Premierminister Fico und der Erfolg des auch von Smer unterstützten Amtsinhabers Ivan Gašparovic bei den Präsidentschaftswahlen vom März/April 2009 haben die starke Stellung der Partei einstweilen bestätigt. Auseinandersetzungen innerhalb des Regierungsbündnisses und wachsender öffentlicher Unmut über Vetternwirtschaft und Bestechungspraktiken haben bislang vor allem den kleineren Koalitionspartnern geschadet. Die Opposition blieb stabil, doch agierte sie nicht als geschlossener, proaktiver Block. Zwischen den konservativen „slowakischen“ Gruppierungen und der Ungarn-Partei SMK haben die Unterschiede eher zugenommen.

Bei den großen Korruptionsaffären der jüngsten Vergangenheit stand vor allem die SNS im Rampenlicht. So mussten im Frühjahr 2009 die von der SNS gestellten Bau- und Umweltminister gehen, da es Unregelmäßigkeiten im Auftragswesen bzw. beim Emissionshandel gab. Als der neue Inhaber des Umweltressorts, ebenfalls ein SNS-Mann, unmittelbar nach Amtsantritt in einen neuen Skandal verwickelt war, wurde er entlassen und der SNS das Recht entzogen, einen Kandidaten für das Umweltministerium zu nominieren.

Kollisionen mit Brüssel

Die dubiosen Verhältnisse bei der Vergabe öffentlicher Aufträge haben auch die Europäische Kommission auf den Plan gerufen. So wurden etwa 11 Mio. Euro für die intransparente Ausschreibung gestrichen, über die der SNS-Bauminister gestolpert war.¹ Im Mai 2009 unter-

¹ SR sa dohodla s Komisiou: Nástenkový tender EÚ nepreplatí, Meldung der Nachrichtenagentur TASR und des Services Euractiv.sk vom 7.10.2009, <http://www.euractiv.sk/>.

nahm die Kommission einen ersten Schritt zur Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Slowakei, da beim Verfahren zur Beschaffung eines Mautsystems für die slowakischen Autobahnen einige Bieter ausgeschlossen worden sein könnten.²

Überdies geriet die Slowakei mit der Wettbewerbskommissarin Kroes aneinander. Im Oktober 2008 monierte diese, dass die slowakische Staatspost nach einer Gesetzesänderung in Teilbereichen der Briefzustellung eine Monopolposition einnehme. Erst nach Brüsseler Drängen wurde das slowakische Wettbewerbsgesetz an EU-Recht angepasst, so dass ein Vertragsverletzungsverfahren im Sommer 2009 eingestellt werden konnte.³ Demgegenüber wurde im Mai 2009 ein Verfahren wegen der Nichtöffnung des Übertragungsnetzes für Elektrizität eröffnet.⁴

Smer gewinnt die Europawahlen

Bei den Wahlen zum europäischen Parlament errang Smer einen klaren Sieg.⁵ Die Partei konnte beinahe ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen und bestätigte damit ihre unangefochtene Führungsposition in der slowakischen Parteienlandschaft. Dies bedeutet, dass die dominante Regierungspartei auch ein Jahr vor den slowakischen Parlamentswahlen keine größeren Abnutzungserscheinungen zeigte. Schwächer schnitten die Koalitionspartner von Smer ab. Die HZDS konnte zwar mit einem Stimmenanteil von knapp 9% ihr Ergebnis aus den letzten nationalen Parlamentswahlen halten, büßte aber gegenüber den vergangenen Europawahlen beinahe die Hälfte ihrer Unterstützung ein. Die SNS schaffte zwar den Sprung über die 5%-Hürde, doch kann sie ebenso wie die HZDS lediglich einen Abgeordneten ins Europäische Parlament entsenden. Stabil blieben die drei Oppositionsparteien, die der EVP-Fraktion angehören. Dies kann als Erfolg gewertet werden, da mit ihnen neu gegründete Gruppierungen im Bereich der rechten Mitte rivalisierten.⁶ Die SDKÚ dürfte dabei von ihrer Rolle als wichtigste Kraft der europafreundlichen, moderat konservativen und liberalen Wählerschaft profitiert haben. SMK und KDH wiederum verfügen über disziplinierte ethnisch bzw. konfessionell gebundene Elektorate. Die KDH hatte überdies angekündigt, den slowakischen Kommissar Ján Figel im Herbst zum Parteichef zu machen, womit sie ihre europapolitische Expertise unterstrich. Mit insgesamt sechs Mandaten ist die EVP unter den slowakischen EP-Abgeordneten stärker repräsentiert als die ESP, der fünf Smer-Verteter angehören.

Die Wahlbeteiligung stieg zwar gegenüber 2004 um rund 3% an, doch ist die Slowakei mit 16,4% nach wie vor das Schlusslicht in der EU. Möglicherweise ist, wie Premier Fico dies deutet, der breite proeuropäische Konsens und das Fehlen EU-bezogener Kontroversen im Lande ein wichtiger Erklärungsfaktor.⁷ Allerdings konnten europaskeptische Parteien in der Slowakei zumindest ein Achtel der Stimmen hinter sich bringen.⁸

2 Öffentliche Aufträge: Kommission richtet förmliche Aufforderung an die Slowakei wegen der Vergabe des elektronischen Mautdienstes durch die Nationale Autobahngesellschaft, 14.5.2009, Pressemitteilungen RAPID.

3 Kartellrecht: Kommission begrüßt Anpassung des slowakischen Wettbewerbsgesetzes an das EU-Recht, 23.7.2009, Pressemitteilungen RAPID.

4 Elektrizitätsbinnenmarkt: Kommission verklagt Slowakei, 14.5.2009, Pressemitteilungen RAPID.

5 Ausführlich zu den Wahlen: Karen Henderson, The European Parliament Election in Slovakia, 6 June 2009, European Parties Elections & Referendums Network, European Parliament Election Briefing No 44, http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/no_44_epernep2009slovakia.pdf.

6 So die marktliberale Freiheit und Solidarität (SaS), die den Einzug ins Parlament knapp verfehlte, dabei aber mit der SDKÚ konkurrierte, oder die Konservativen Demokraten der Slowakei (KDS), eine Abspaltung von den Christdemokraten, die (zusammen mit einer weiteren Partei der konservativen Rechten, der OKS) auf über 2% der Stimmen kam.

7 Zu den Positionen der Parteien: Grigorij Mesežnikov, Európske voby 2009 na Slovensku: analýza volebných programov politických strán, 1.6.2009, www.infolby.sk.

8 Dazu gehören die KDS-ODS-Koalition, die als Ableger von Libertas in der Slowakei fungierte, die SaS deren Führungsfigur Sulik auch Kontakte zu Ganley hatte, sowie die SNS, die im EP der Fraktion der dezidiert europaskeptischen „Europa der Freiheit und der Demokratie“ angehört.

Die Einführung des Euro

Am 1. Januar 2009 führte die Slowakei den Euro als offizielles Zahlungsmittel ein und wurde damit 16. Mitglied der Eurozone. Der Übernahme der Gemeinschaftswährung ging eine für slowakische Verhältnisse groß angelegte Informationskampagne voran für rund 6 Mio. Euro.⁹ Der slowakische „Wirtschaftskontrolldienst“ SOI führte im Handel und im Dienstleistungssektor zahlreichen Preiskontrollen durch, um so gesetzlich verbotenen, künstlichen Teuerungseffekten im Zusammenhang mit der Währungsumstellung entgegenzuwirken. Da sich der Preisauftrieb aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise ohnehin abschwächte, verflieg die Furcht vor einer ausufernden Inflation rasch. Premier Fico erklärte, die Slowakei werde vermutlich das erste Land sein, bei dem sich die Euro-Einführung nicht auf die Inflationsrate auswirke.¹⁰ Internationale Beobachter gehen davon aus, dass diese im Jahr 2009 mindestens einen Prozentpunkt unter den vom Finanzministerium und der slowakischen Notenbank zunächst prognostizierten 3% liegen werde.

Das ganze Unterfangen „Euroland-Beitritt“ der Slowakei stand im Zeichen der internationalen Finanzkrise. Angesichts der Währungsturbulenzen anderer ostmittel- und südosteuropäischer EU-Mitglieder war man froh, im sicheren Hafen der Eurozone verankert zu sein. Trotz kritischer Stimmen, dass durch die Euro-Einführung keine flexible Antikrisenpolitik mehr möglich sei, fand die Regierung mit ihrem Bild des Euro als „Schutzschild“ in der Öffentlichkeit ein positives Echo.¹¹ Im Frühjahr 2009 hielten denn auch 83% der befragten Slowaken die Übernahme der gemeinsamen Währung für eine richtige Entscheidung.¹²

Slowakisch-ungarische Verstimmungen

Das traditionell komplizierte slowakisch-ungarische Verhältnis trübte sich in letzter Zeit aufgrund von mindestens drei Faktoren ein: erstens aggressive Äußerungen der Regierungspartei SNS und ihres Vorsitzenden Slota; zweitens der Aufschwung rechtsradikaler Trends in der Republik Ungarn. Aufgrund angeblicher Rekrutierungsversuche der rechtsextremen Bewegung auf slowakischem Territorium berief Premier Fico im März 2009 eine Sitzung des nationalen Sicherheitsrats ein.¹³ Drittens gab es kontroverse Gesetzgebungsvorhaben der Regierung Fico, die aus Sicht der ungarischen Bevölkerungsgruppe Minderheitenrechte beschneiden. Dazu gehört die Neufassung des Schulgesetzes, das eine Slowakisierung von Ortsnamen auch in ungarischen Lehrbüchern vorsah. Erst auf Druck der ungarischen Gemeinschaft wurde die Novelle abgemildert. Anfang September trat ein neues Sprachgesetz in Kraft, das die Verwendung des Ungarischen und anderer Minderheitensprachen im öffentlichen Verkehr zurückdrängt. Dies alles wurde durch die Wahlkämpfe in beiden Ländern katalysiert. Überdies heizten breit diskutierte Einzelfälle den slowakisch-ungarischen Konflikt an, so etwa ein Einreiseverbot für den ungarischen Staatspräsidenten, der im August in der südslowakischen Stadt Komárno den Einweihungsfeierlichkeiten eines Denkmals für den ungarischen Nationalheiligen Stephan I. beiwohnen wollte. Bei einem im September abgehaltenen

9 Vladimír Bilík, Slovenská republika a Európska únia, in: Martin Bútora u.a. (Hg.): Slovensko 2008. Súhrnná správa o stave spoločnosti, Bratislava, 2009, S. 369-379, S. 371.

10 Fico: SR bude asi prvou krajinou, kde euro nezvýši infláciu, Meldung der Nachrichtenagentur TASR, 7.1.2009, www.sme.sk.

11 Fico: Euro môže pre Slovensko znamena záchranný štít, Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 26.9.2009, www.sme.sk.

12 Euro v mienke občanov, Informácia z výskumu ÚVVM, 5/2009, Umfrage des Instituts für die Erforschung der öffentlichen Meinung (ÚVVM) vom 1. bis 9. März 2009, http://portal.statistics.sk/files/Uvvm/y2009/Spravy/no008_m03_y09_Euro_Marec_2009.pdf.

13 Hnutie 64 žúp chystá na Slovensku novú verbovaku, aktualne.sk, 22.4.2009, <http://aktualne.centrum.sk/domov/kauzy/clanek.php?id=1180249>.

Treffen zwischen den Regierungschefs beider Länder wurde eine gemeinsame Erklärung angenommen, in der beide Seiten ihr Interesse an einer Beruhigung der Situation bekundeten sowie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit anvisierten.

Gaskrise und Klimapolitik

Die Slowakei war in besondere Weise vom russisch-ukrainischen „Gasstreit“ zu Beginn des Jahres 2009 betroffen. Das Land deckt seinen Erdgasverbrauch gänzlich durch Einfuhren aus Russland über die Ukraine. Als Russland seine Lieferungen an die Ukraine einstellte, geriet die Slowakei in ernsthafte Schwierigkeiten, da der einzige Transportweg ausfiel. Der Gasversorger SPP war vorübergehend dazu gezwungen, Verbrauchseinschränkungen für Industriekunden durchzusetzen. Bemühungen der slowakischen Regierung, ein SWAP-Geschäft zu vereinbaren, bei dem die Ukraine Gas aus ihren Vorräten in die Slowakei ausgeführt hätte und dafür unmittelbar aus Russland kompensiert worden wäre, scheiterten nach slowakischer Darstellung am Widerstand der Ukraine. Vorübergehend erwog die slowakische Regierung, den Ende 2008 abgeschalteten Block des Kernkraftwerks Bohunice wieder in Betrieb zu nehmen, was dem EU-Beitrittsvertrag widersprochen hätte. Abhilfe schuf die Versorgung aus Speichern und die rasch erfolgte, erstmalige Fließrichtungsumkehr der Transpipipeline, die die Slowakei mit der Tschechischen Republik verbindet, so dass Gas aus westlicher Richtung in die Slowakei gelangen konnte. Nach Darstellung der SPP spielten hierbei die Bemühungen der Anteilseigner E.ON Ruhrgas und GDF Suez ebenso wie die „Solidarität“ des RWE-Konzerns (Eigner der tschechischen Gasunternehmens Transgas) eine wichtige Rolle.¹⁴

Angesichts der energiewirtschaftlichen Verwundbarkeit der Slowakei erhofft man sich von innereuropäischer Energiesolidarität eine bessere Versorgungssicherheit. Daher begrüßte man, dass Ministerrat und Staats- und Regierungschefs auf ihren Februar- bzw. Märzgipfeln die Maßnahmen der Zweiten Überprüfung der Energiestrategie sowie das EU-Konjunkturpaket bestätigten. Beide Programme enthalten auch Gelder für die Schaffung von Systemverbindungen zwischen der Slowakei und Ungarn bzw. Polen. Die Slowakei hat überdies ein Interesse daran, dass die Pläne der EU zur Modernisierung des ukrainischen Transitsystems vorankommen. In Sachen Klimapolitik versuchte die Slowakei, einen ihrer Industriestruktur entsprechenden Kompromiss durchzusetzen. Mit dem Ergebnis des EU-Gipfels vom Dezember 2008 war die slowakische Regierung zufrieden. Die zusätzlichen Zuteilungen, die das Land erhält, so Robert Fico, würden der Slowakei nach 2013 jährlich mindestens 0,5 Mrd. Euro einbringen, überdies hätten die slowakischen Stromverbrauchern nicht mit diesbezüglichen Preiserhöhungen zu rechnen.¹⁵

Ausblick

Die Außen- und Europapolitik der Slowakei wird im Jahr 2010 im Schatten der für den Frühsummer geplanten Parlamentswahlen stehen. Hierbei dürfte sicherlich die „ungarische Karte“ gespielt werden, was angesichts eines wahrscheinlichen Wahlsiegs der dortigen Konservativen leicht zu neuen bilateralen Verwerfungen führen kann. Zentrales Thema wird aber sein, wie die Slowakei aus der Wirtschaftskrise herauskommt, ob es bei einigen Schrammen bleibt oder man in eine Rezession abgleitet. Wahlkampf und schwierige Wirtschaftslage könnten dazu führen, dass die Regierung in Bratislava bei binnenmarktbezogenen Fragen Härte zeigt.

14 Slovenský plynárenský priemysel, Gas Crisis in January 2009 – Review and Outlook, 27.1.2009, <http://www.spp.sk/download/presskit/2009-01-27-SPP-Presskit-ENG-final-WEB.pdf>.

15 Fico: Výsledky summitu sú pre Slovensko úspechom, Meldung der Nachrichtenagenturen TASR und SITA, <http://aktualne.centrum.sk/zahranicie/europa/clanek.phtml?id=1170946>.